



Forschung

Neues Forschungsprojekt zu Vormundschaft Seite 30

KVJS
**Verbandsdirektor
Stahl seit 100 Tagen
im Amt**
Seite 4

Soziales
**Eingliederungshilfe:
Wirkung und
Wirksamkeit**
Seite 14

Jugend
**LJHA: Konsens und
Kraftanstrengung**
Seite 26

Impressum

KVJS Aktuell
Juli 2026

Herausgeber:
**Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg**
Öffentlichkeitsarbeit
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
www.kvjs.de

V.i.S.d.P.: Sima Arman-Beck

Projektmanagement: Monika Kleusch

Redaktion: Sima Arman-Beck, Monika Kleusch,
Ulrike von Siegroth, Victoria Weht

Mit Beiträgen von: Ramona Appel, Selina Baumelt,
Marina Dizl, Heike Korge, Rouven Wrtal

Titelfoto: Josua Graf

Layout: www.2nachAcht.de

Bestellungen und Adressänderungen:
Telefon 0711 6375-208, publikationen@kvjs.de

Druck: Offizin Scheufele

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

Inhalt

KVJS

- 4 Verbandsdirektor Stahl seit 100 Tagen im Amt
- 6 Leistungsstarke und nachhaltige Beteiligungen des KVJS
- 8 Leitungsebene formiert sich neu
- 8 Stimmen zum MPD: Fachdienst präsentiert Kurzfilm
- 9 Spatenstich für das neue Quartiers.Wohn.Haus (QWH)

HABILA

- 10 Konzentration auf die eigenen Stärken

SOZIALES

- 12 Die Leistungen der Eingliederungshilfe im Bundesländervergleich
- 13 Die KVJS-Vortragsreihe „Impulse Autismus“
- 14 Wirkung und Wirksamkeit in der Eingliederungshilfe
- 15 Die BAGüS zu Gast beim KVJS
- 16 Die gemeinsame Kooperationsvereinbarung drängt
- 18 Vielfalt feiern: Zehn Jahre Kommunale Behindertenbeauftragte

INKLUSION

- 19 Fellbacher Wohnungsbaugenossenschaft eG gründet Inklusionsunternehmen
- 20 Beispielhafte Inklusion bei Netze BW in Wiesloch
- 22 Erfolgreiche Kampagne: mehr als 2,5 Mio. Kontakte
- 24 Inklusive Gaumenfreuden

JUGEND

- 26 LJHA: Konsens und Kraftanstrengung
- 28 Kinderturnstiftung: KVJS-Verbandsdirektor ins Kuratorium berufen

FORSCHUNG

- 29 Tagesstätten: Nutzen übertrifft Kosten
- 30 Neues Forschungsprojekt zu Vormundschaft
- 31 Vormundschaftsprojekt: Renommierete Forschungspartner
- 32 Fokus auf das neue Vormundschaftsrecht
- 34 Neue Wege im gerichtlichen Betreuungsverfahren

FORTBILDUNG

- 36 Richtig reagiert: Kommunikation im Krisenfall

NEU ERSCHIENEN

- 38 Neu erschienen
- 39 Digitalmagazin: Aus ZB wird Arbeit:inklusive!

Verbandsdirektor Stahl seit 100 Tagen im Amt

„KVJS als moderner Dienstleister für die Stadt- und Landkreise“

18 höhere Kommunalverbände gibt es in Deutschland. Einen davon leitet Frank Stahl. Seit 1. April 2026 ist er Verbandsdirektor des KVJS. Das KVJS Aktuell stellt den neuen Mann an der Spitze der Verwaltung näher vor.



Der neue Verbandsdirektor Frank Stahl vor dem Eingang der Hauptverwaltung des KVJS im Stuttgarter Westen.
Foto: © Sima Arman-Beck

Es ist zwar noch nicht alles am richtigen Fleck, hier und da fehlt noch die ein oder andere technische Feinheit und dennoch ist Frank Stahls Büro bereits ein stark frequentierter Ort im KVJS. Vieles gilt es aufzugleisen, abzustimmen und zu entscheiden. Der neue Leiter der Verwaltung hat wenig Zeit, in Ruhe anzukommen. Zu drängend sind die anstehenden Aufgaben, zu umfassend die Herausforderungen für die soziale Daseinsvorsorge. Die Lage hat sich verschärft, gerade in den letzten Jahren und vor allem mit Blick auf die Finanzen.

„Der Sozialstaat ist im Fokus, hinsichtlich seiner Leistungen und seiner künftigen Handlungsfähigkeit. Alle unsere Tätigkeitsfelder sind von der demografischen Entwicklung doppelt betroffen und die finanzielle Situation der Kommunen ist dramatisch. Es wird nicht mehr reichen, nur die Einnahmenseite zu betrachten, wir müssen an die Ausgaben ran“, ist sich der frühere Insolvenzexperte sicher, der nun die Geschicke des 500-köpfigen Verbandes lenkt.

Wirtschaftsjurist und Insolvenzexperte

Frank Stahl war lange Zeit als Wirtschaftsjurist in der Insolvenzverwaltung tätig, sein Denken und Handeln sind nach wie vor kaufmännisch geprägt. „Würde ich die Haushalte unserer Mitglieder aus Sicht meiner früheren Tätigkeit beurteilen, müsste ich allen Häusern strukturelle Unterfinanzierung und ein steigendes Insolvenzrisiko bescheinigen“, erklärt der neue Verbandsdirektor.

Doch bei Problemanalysen will es der 42-jährige gebürtige Künzelsauer nicht belassen. Seit circa zehn Jahren ist er nun im Sozialbereich tätig und – wie er selbst sagt –, inzwischen heimisch geworden. Frank Stahl kam 2017 zum KVJS und übernahm 2019 die Leitung des Sozialdezernates. 2024 wurde er zum stellvertretenden Verbandsdirektor gewählt.

Erfahrung als Sozialdezernent

Als Sozialdezernent hat er bereits große Gesetzesreformen, allen voran die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes begleitet und tiefe Einblicke in die Entwicklungen in der Eingliederungshilfe und in der Pflege gewinnen können. „Wir werden nicht umhinkommen, Standards zu überprüfen und Leistungen, die zwar vielleicht bürokratiemäßig aber eben doch mit der Gießkanne ausgeschüttet werden, zu hinterfragen.“

Gleichwohl ist ihm der Blick auf die nachkommenden Generationen wichtig. Vorschläge und strukturelle oder systemische Änderungen müssen fair und machbar bleiben, gerade auch für die Betroffenen. Dabei ist sich der neue Verbandsdirektor bewusst, dass notwendige Reformen – seien sie noch so offensichtlich, klar und oft benannt – mitunter dauern. Umso wichtiger ist es ihm, Handlungsspielräume gemeinsam mit den Partnern in Land und Kommunen auszuloten und bestmöglich zu nutzen.

Schulterschluss mit der Kommunalen Familie

Für den KVJS ist ihm deshalb der Schulterschluss und die Solidarität innerhalb der Kommunalen Familie besonders wichtig, um gemeinsam Wirkung entfalten zu können. „Ich möchte den Verband als interdisziplinäres, agiles und innovatives Kompetenz- und Dienstleistungszentrum etablieren – stets die Bedarfe unserer Mitglieder im Blick“, so Stahl.

Die Beratung und Unterstützung der 44 Stadt- und Landkreise ist dabei nach wie vor seine oberste Maxime, die Entwicklung von pragmatischen Lösungen, die vor Ort tragen, sein Ziel.

Den KVJS sieht er dafür schon gut aufgestellt. „Wir haben eine motivierte Führungsmannschaft und leistungsstarke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bin mir sicher, dass wir anstehende Veränderungen und anzustrebende Vereinfachungen in Prozessen und Abläufen gemeinsam meistern können. Hierzu möchte ich jede und jeden ausdrücklich ermutigen!“

Organisation auf dem Prüfstand

Denn dass sich der Verband weiterentwickeln wird, zeigt auch die derzeitige Organisationsuntersuchung. Stahl verweist auf deren Chancen: „Der KVJS besteht nun seit über 20 Jahren. In dieser Zeit ist er gewachsen und hat eine Vielzahl an Aufgaben übernommen. Es ist sicherlich sinnvoll und wichtig, nach zwei Jahrzehnten einmal gründlich auf Struktur und Prozesse zu schauen, um sich wiederum auf Kernaufgaben und -bedarfe der zentralen Anspruchsgruppen des Verbandes zu besinnen.“

Vor allem die Digitalisierung sieht Frank Stahl als zentrale Stellschraube für die nächsten Jahre. „Wir sind hier schon richtig gut unterwegs. Zum Beispiel wären wir in der Lage, Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen mittlerweile komplett digital abzuschließen. Wir wirken aktiv an vielen Digitalisierungsprozessen mit, die eine einheitliche IT-Infrastruktur in der Sozialverwaltung schaffen sollen. Hier wollen wir weitere Potenziale nutzen. Wenn die Organisationsuntersuchung entsprechend beschleunigend wirkt, ist das ein Gewinn für alle“, ist der Verwaltungschef überzeugt.

| Sima Arman-Beck

Leistungsstarke und nachhaltige Beteiligungen des KVJS

Der Verband als Gesellschafter – für eine starke kommunale Trägerschaft

Als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für alle 44 Stadt- und Landkreise ist der KVJS längst etabliert. Was vielleicht weniger bekannt ist: Auch mit seinen Beteiligungen setzt der Verband Impulse und sichert wichtige Angebote. Was das im Detail bedeutet, erklärt Dezernatsleiterin und stellvertretende Verbandsdirektorin Clarissa Frank.

Frau Frank, der KVJS agiert nicht nur an seinen Verwaltungsstandorten Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg, sondern auch in Form seiner Beteiligungen.

Genau, dabei denke ich insbesondere an unser gemeinnütziges Tochterunternehmen, die Habila GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der KVJS ist. Die Habila als kommunaler Träger richtet sich mit an regionalen Versorgungskonzepten aus, entwickelt gemeinsam mit den Stadt- und Landkreisen Lösungen für besonders herausfordernde Klienten und kann durch ihre Struktur Modellprojekte erproben.

Unter dem Dach der Habila befinden sich mit der Insiva und der Zemo gleich zwei Inklusionsunternehmen – wie ich finde, ebenfalls ein starkes Zeichen für den Einsatz des Verbands.

Können Sie uns mehr dazu erzählen?

Die Insiva versorgt als Caterer Kitas und Kantinen. Daneben ist sie in der Garten- und Landschaftspflege gefragt, genauso wie als Dienstleister für Handel und Industrie, sei es beim Verpacken oder im Versand.

Die Zemo ist eine gemeinnützige GmbH, die Dienstleistungen und Produkte im Bereich der Metallverarbeitung anbietet. Ob Montage oder Zerspanung: neben Einzelteilen entstehen gleichermaßen große Stückzahlen in Serienfertigung.

Ein breites Spektrum. Welche Philosophie steckt dahinter?

Mit dieser großen Angebotspalette zeigen wir, wie vielfältig die Einsatzmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben sind. Die Habila selbst ist an zahlreichen Orten im Land vertreten und bietet viele Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung – ob in Werkstätten, Ladengeschäften oder Cafés, um nur einige zu nennen. Schlussendlich immer mit dem Ziel, Menschen mit Einschränkungen erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dafür setzt sich der KVJS tagtäglich ein, gerade auch mit seinem Inklusions- und Integrationsamt.

Neben den beiden Inklusionsunternehmen, die Sie ansprechen, betreibt die Habila ein vielfältiges Angebot in zentralen und dezentralen Standorten.

Dreh- und Angelpunkt ist hierbei die Sicherung der Daseinsvorsorge. Neben vielen Wohnangeboten in neun Landkreisen Baden-Württembergs verstehen wir unsere Zentralstandorte Rabenhof Ellwangen, Markgröningen, Reutlingen-Rappertshofen und Tannenhof Ulm als resiliente Versorgungskerne. Hier entwickeln wir neue Nutzungskonzepte und Perspektiven, zum Beispiel auch im Hinblick auf Auszubildende und Mitarbeitende.

Dabei ist uns wichtig, Teilhabe und Pflege als gleichwertige Aspekte miteinander zu verbinden – deswegen ist die Habila auch Spitzenreiter in Baden-Württemberg beim Ausbau und Betrieb des „Kombi-Modells“: Pflege und Eingliederungshilfe aus einer Hand.



Im Interview: Clarissa Frank, stellvertretende Verbandsdirektorin und Leiterin des Dezernats Finanzen, Personal und Digitalisierung beim KVJS. Foto: © privat

Bauherr für dieses Projekt als Teil eines inklusiven Wohnquartiers. Diesen und ähnlichen Bauvorhaben werden uns – stets in enger Abstimmung mit dem zuständigen Ausschuss für Eingliederungshilfe- und Integrationsgesellschaften – in den nächsten Jahren widmen. Dabei haben wir neben der soliden und streng an Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Planung immer das Ziel im Blick, eine moderne Behindertenhilfe zu gestalten, die Wohnen, Leben und Arbeiten miteinander verzahnt und die Teilhabe und Versorgung von Menschen mit Behinderung nachhaltig sichert.

| Das Interview führte Ulrike von Siegroth

Ein kleiner Ausblick: Was steht in nächster Zeit an?

Ende März erfolgte der Spatenstich für das neue Quartier.Wohn.Haus (QWH) in Reutlingen-Rappertshofen (s. Seite 9, Anmerkung der Redaktion). Es bietet Platz für bis zu 60 Personen mit komplexem Pflege- und Unterstützungsbedarf. Der KVJS engagiert sich als

INFO Rund 1.600 Klienten werden jeden Tag in den zahlreichen Einrichtungen der Habila begleitet. Standorte, Angebote und Dienstleistungen finden Sie unter: www.habila.de



Beteiligungen mit Bildungsauftrag

Neben der Habila GmbH unterhält der KVJS mit dem Bildungszentrum Schloss Flehingen und dem Tagungszentrum Gültstein zwei weitere etablierte Institutionen. Das KVJS-Bildungszentrum Schloss Flehingen ermöglicht in verschiedenen Fachschulen eine berufsbegleitende, staatlich anerkannte Ausbildung in unterschiedlichen Bereichen, darunter Sozialwesen, Sozialpädagogik mit Schwerpunkt Jugend- und Heimerziehung sowie Heilerziehungspflege. Seit 2023 bildet zudem die Fachschule für Pflege zukünftige Fachkräfte aus.

Das KVJS-Tagungszentrum Gültstein bietet als barrierefreies Haus – das auch extern als Veranstaltungsort buchbar ist – eine professionelle Umgebung für inklusive Tagungen und Seminare.

Apropos: Mit seinem eigenen Angebot an Veranstaltungen kommt der Verband im Rahmen der KVJS-Fortbildung seinem gesetzlichen Bildungsauftrag nach und fungiert als kompetenter Fortbildungsträger in Baden-Württemberg. Mehr zu diesem Angebot unter: www.kvjs-fortbildung.de

Leitungsebene formiert sich neu



Clarissa Frank, stellvertretende Verbandsdirektorin und Leiterin des Dezernats Finanzen, Personal und Digitalisierung beim KVJS. Foto: © privat

Im Zuge des Amtsantritts von Frank Stahl als Verbandsdirektor wurden weitere Führungspositionen im KVJS neu besetzt: Stellvertretende Verbandsdirektorin ist ab sofort Clarissa Frank, Dezernentin und bereits seit 2015 beim Verband beschäftigt. Hier leitete sie zunächst das Referat Organisation, IT und Fortbildung. Seit mittlerweile rund zwei Jahren ist sie Leiterin des Dezernats Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Im Interview ab Seite 6 spricht Clarissa Frank über die Beteiligungen des KVJS und seine Bedeutung als öffentlicher Träger der Habila GmbH.



Eva Matschinsky ist die neue Dezernentin für Soziales beim KVJS. Foto: © Fotoatelier Ebinger

Seit 1. Juni 2026 ist Eva Matschinsky Dezernentin für Soziales. Gewählt vom KVJS-Verbandsausschuss, ist sie damit auf den jetzigen Verbandsdirektor Frank Stahl gefolgt, der zuvor dieses Amt innehatte. Eva Matschinsky ist seit 2015 beim KVJS tätig und leitete seit 2019 das Referat Vertragsrecht und Vergütungen. Die Funktion als stellvertretende Dezernentin für den Bereich Soziales übte sie bereits seit 2024 aus.

Aktuelle Entwicklungen rund um das Thema Modellkonsolidierung erläutert die neue Dezernentin in dieser Ausgabe. Lesen Sie das Interview mit Eva Matschinsky ab Seite 16. | Ulrike von Siegroth

Stimmen zum MPD: Fachdienst präsentiert Kurzfilm

Seit 1999 unterstützt, berät und informiert der multidisziplinär zusammengesetzte Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) die Träger der Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg bei ihren Aufgaben. Das Unterstützungsangebot des MPD im Bereich Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung umfasst fachliche Stellungnahmen ebenso wie die Bedarfsermittlung mittels BEI_BW, kompetente Beratung der Träger, Fortbildungen und einiges mehr.

Nun ist es an der Zeit, Mitarbeiter und Kundinnen mit ihren vielfältigen Erfahrungen in einem kleinen Film zu Wort kommen zu lassen. Herzlichen Dank an alle, die mitgewirkt haben! | Monika Kleusch

Die Statements ansehen und -hören können Sie in der KVJS-Mediathek auf www.kvjs.de/soziales/mpd (Dauer: drei Minuten)

Spatenstich für das neue Quartiers.Wohn.Haus (QWH)

Am 31. März 2026 hat mit dem ersten symbolischen Spatenstich der Bau des neuen Quartiers.Wohn.Haus (QWH) in Reutlingen-Rappertshofen offiziell begonnen. Gemeinsam mit Landrat Dr. Ulrich Fiedler, Oberbürgermeister Thomas Keck und Oliver Cosalter, Geschäftsführer der Habila GmbH, gab Verbandsdirektor Frank Stahl das Startsignal für das Bauvorhaben.

Das QWH ist auf den komplexen Pflege- und Unterstützungsbedarf von Menschen mit schwersten Mehrfachbehinderungen zugeschnitten. Viele der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner sind in hohem Maße auf Elektro- oder Liegerollstühle angewiesen. In fünf Wohngruppen mit jeweils zwölf Plätzen können künftig bis zu 60 Personen leben.

Ergänzend entstehen Räume für tagesstrukturierende Angebote sowie Verwaltungs- und Nebenflächen. Darüber hinaus sind acht barrierefreie Apartments geplant. Die Habila wird die Einrichtung betreiben.

Der Neubau ist zugleich ein wichtiger Schritt für die Quartiersentwicklung in Reutlingen-Rappertshofen: Unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger soll hier ein inklusives und integratives Wohnviertel entstehen, das Begegnung fördert und Barrieren abbaut.

„Mit dem Quartiers.Wohn.Haus beginnt die Umsetzung unserer Vision für ein innovatives, inklusives Wohnquartier. Heute legen wir den Grundstein für ein offenes Miteinander in Rappertshofen“, betonte Stahl.

Der Neubau ersetzt ein Gebäude aus den 1970er-Jahren. Da eine Sanierung nicht mehr wirtschaftlich war, wurde ein Neubau erforderlich, der den aktuellen Anforderungen der Heimaufsicht entspricht. Der KVJS investiert als Bauherr rund 16 Millionen Euro in das Projekt. Mit der Planung und Umsetzung wurden das Architekturbüro arabzadeh+schneider sowie das Bauunternehmen Köster beauftragt. Die Bauarbeiten haben im April begonnen, die Fertigstellung ist 2028 geplant.

| Victoria Weht



Frank Stahl (links) betonte in seinem Grußwort die Vision von einem inklusiven Wohnquartier, bevor es anschließend gemeinsam an die Spaten ging: Ahmet Eren (Köster GmbH), Oliver Cosalter, Dr Ulrich Fidler, Frank Stahl, Thomas Keck und Stefan Schneider (Arabzadeh & Schneider Architekten) (von links) beim symbolischen Auftakt. Fotos: © KVJS

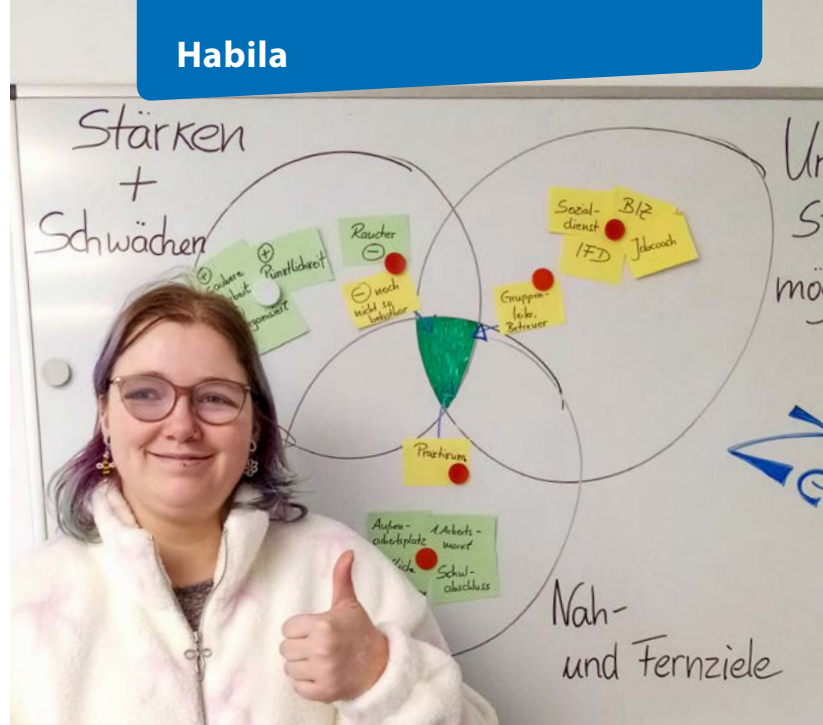
die Zeit schnell vorüber und ich merkte, dass die Inhalte alle interessant waren für mich“, erinnert sich Teilnehmerin Jasmin.

„Mir hat es gefallen, viel selbst auszuarbeiten. Teils in einer Kleingruppe, teils aber auch alleine. Da merkt man sich mehr, weil man es selbst erarbeitet hat. Das bleibt hängen“, sagt Julia. Außerdem nehme man Tipps von anderen Klientinnen unter Umständen lieber an als von Gruppenleitern oder Bildungsbegleiterinnen in der Werkstatt. Jasmin berichtet, sie habe sich vor allem für die Unterstützungsmöglichkeiten interessiert: „Ich wusste gar nicht, wie viele Anlaufstellen es gibt, die einem auf dem Weg helfen können. Das hat mich sehr beruhigt.“

Wichtig sei für sie aber auch die Erarbeitung eigener kurz- und mittelfristiger Ziele gewesen. „Ich habe sehr viel über mich selbst lernen können und dass es wichtig ist, ein großes Ziel vor Augen zu haben – aber noch viel wichtiger, den Weg dorthin in kleine Ziele aufzuteilen. So war es für mich greifbarer und es tat gut, wenn man ein Ziel erreicht hat. Das war wie eine To-Do-Liste, die ich nach und nach abhaken konnte.“

Stärken und Schwächen erkennen

Das Programm bringt aber auch Herausforderungen mit sich, die nicht immer einfach zu bewältigen sind. „Ich musste viel über mich selbst nachdenken und es war oft anstrengend, denn man arbeitet viel auf. Die Einheit mit den Stärken



Julia (Bild oben) und Jasmin (Bild unten links) gehörten zu den ersten Teilnehmerinnen einer ZERA-Schulung am Rabenhof Ellwangen. Dabei lernten sie unter anderem, große Ziele in kleinen Schritten anzusteuern. Foto: © Habila

und Schwächen fand ich sehr intensiv“, sagt Julia. „Meine Schwächen sind mir klar. Und trotzdem ist es schwer, darüber zu sprechen. Man wird wieder damit konfrontiert, was man nicht so gut kann, wo die Grenzen sind. Umso schöner war es festzustellen, dass ich auch Stärken habe, auf die ich mich konzentrieren soll. Das hat mir wieder Selbstvertrauen zurückgegeben.“

Auch Jasmin fand es „manchmal schon schwer, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen. Aber danach wusste ich mehr über mich und ich konnte mit einigen Situationen im Alltag besser umgehen. Ich fühle mich gestärkt und auch reifer.“ Bei ihr hat diese Herangehensweise schon Früchte getragen: „Nach der Schulung war ich überzeugt, meinen Weg zu gehen. Und das habe ich auch gemacht, in kleinen Schritten. Jetzt bin ich meinem Ziel, wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, schon viel näher. Aktuell absolviere ich ein Langzeitpraktikum bei Edeka und genieße es.“

Das Fazit am Ende der Schulung war bei allen in der Gruppe positiv. Auch bei den Coaches, für die ZERA ein zusätzliches Instrument ist, um Klientinnen und Klienten auf dem Weg in Richtung einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen.

| Ramona Appel



Foto: © Cristina Gaidau - istockphoto.com

Wachsender Bedarf, steigender Finanzierungsaufwand

Die Leistungen der Eingliederungshilfe im Bundesländervergleich

Sowohl der aktuelle Kennzahlenvergleich der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und Eingliederungshilfe (BAGüS) als auch die KVJS-Analyse zu den Leistungen der Eingliederungshilfe zeichnen für das Jahr 2024 ein deutliches Bild: Die Gesamtzahl der Leistungsberechtigten steigt, der finanzielle Aufwand wächst weiter.

Trotz unterschiedlicher Ausgangslagen und Strukturen in den Ländern zeigen sich bundesweit dieselben Entwicklungstrends in der Eingliederungshilfe. So steigen die durchschnittlichen Kosten bei allen Leistungen stärker an als im Zeitraum von 2022 bis 2023. Baden-Württemberg sticht dabei besonders hervor: Der finanzielle Gesamtaufwand wächst hier im Vergleich zum Vorjahr überproportional um 18,1 Prozent auf insgesamt 2,94 Milliarden Euro.

Zwar steigt wie in den Vorjahren auch die Zahl der leistungsberechtigten Personen – insbesondere im Bereich der Sozialen Teilhabe –, doch vor allem die Umsetzung des SGB IX und die damit personenzentrierte Leistungsgewährung schlagen sich in den Daten nieder. Der Nettogesamtaufwand pro Einwohner steigt in Baden-Württemberg auf durchschnittlich 262 Euro, wobei die Spanne zwischen den Kreisen (178 bis 414 Euro) die regionalen Unterschiede der Leistungsdichte und den Umsetzungsstand der neuen Vergütungsvereinbarungen verdeutlicht.

Leistungsstruktur in Baden-Württemberg

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wird deutlich, dass die Leistungsstruktur in Baden-Württem-

berg spezifische Merkmale aufweist. So liegt die Inanspruchnahme wohnbezogener Unterstützung mit 4,9 Leistungsberechtigten pro 1.000 Erwachsenen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 7,0. Insbesondere die Zahl der Leistungsberechtigten mit Assistenzleistungen außerhalb der besonderen Wohnformen ist wesentlich geringer als im Bundesschnitt.

Weiterhin überdurchschnittlich ist in Baden-Württemberg dagegen die Zahl der Erwachsenen in Pflegefamilien. Diese Spanne wird durch gegenläufige Entwicklungen in den letzten Jahren jedoch geringer. Außerdem auffällig ist der starke Zuwachs von fast 21 Prozent bei den Kosten in besonderen Wohnformen im Vergleich zu bundesweit 10,5 Prozent. Dieser Anstieg ist maßgeblich vor dem Hintergrund der bereits zahlreich umgestellten Leistungsvereinbarungen mit Umsetzung der personenzentrierten Leistungen im Einzelfall zu bewerten.

Impulse für die Teilhabe am Arbeitsleben

Bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben profitiert Baden-Württemberg weiterhin vom frühzeitigen Ausbau der Angebote zur Unterstützung der Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeits-

markt. Hier können das kürzlich angelaufene Werkstatt-Monitoring und das wissenschaftlich begleitete Modellvorhaben zur Konversion von ausgelagerten Arbeitsplätzen der Werkstätten (WfbM) in Inklusionsbetriebe wichtige Impulse setzen. Dennoch steigen auch hier die Fallkosten mit 11,3 Prozent stärker als im Bundesdurchschnitt (7,8 Prozent).

Angesichts der Entwicklung in den vergangenen Jahren ist auch für 2025 und 2026 von weiteren erheblichen Aufwandssteigerungen auszugehen, sodass die Forderung nach einer nachhaltigen Finanzierungsstrategie dringender denn je wird.

| Victoria Weht

Hintergrund und Quellen

Der KVJS erhebt und analysiert jährlich die Daten zu den Leistungen der Eingliederungshilfe, die auf den Meldungen der 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg basieren. Die BAGüS führt diese Daten bundesweit zusammen und vergleicht die Kennzahlen der Eingliederungshilfe, um so landesspezifische Entwicklungen deutschlandweit einzuordnen.

Unter www.kvjs.de/publikationen ist die KVJS-Analyse „Leistungen der Eingliederungshilfe 2024 für Baden-Württemberg“ abrufbar. Den bundesweiten Kennzahlenvergleich finden Sie auf der Homepage der BAGüS unter www.bagues.de.

Impulse setzen, Wissen teilen, Praxis stärken

Die KVJS-Vortragsreihe „Impulse Autismus“

Die vom KVJS organisierten „Impulse“-Vortragsreihen bieten Fachkräften in den Stadt- und Landkreisen praxisnahe Orientierung zu aktuellen Themen der Eingliederungshilfe. Ziel ist es, Entscheidungsgrundlagen zu verbessern und Handlungssicherheit bei komplexen Steuerungsaufgaben zu stärken.

Seit April 2025 widmet sich die Vortragsreihe dem Schwerpunkt „Impulse Autismus“ und leistet einen Beitrag zur fachlichen Weiterentwicklung in der Eingliederungshilfe. In bislang sieben Veranstaltungen kamen rund 300 Teilnehmende aus den Stadt- und Landkreisen – vorrangig von Eingliederungshilfeträger nach SGB IX und SGB VIII – zusammen. Im Fokus standen aktuelle gesetzliche Entwicklungen und Herausforderungen, genauso wie konkrete Lösungsansätze für die Praxis.

Das Format aus Online- und Präsenzveranstaltungen ermöglichte eine flexible Teilnahme und förderte die interkommunale Vernetzung. Referierende aus Wissenschaft und Praxis vermittelten fundiertes Wissen und griffen dabei gezielt Frage-

stellungen aus dem Arbeitsalltag der Teilnehmenden auf. Den Abschluss der Vortragsreihe „Impulse Autismus“ bildet die „Jahrestagung Gesamt- und Teilhabeplanung“ am 13. und 14. Juli 2026. Eine Anmeldung unter www.kvjs-fortbildung.de ist erforderlich.

| Victoria Weht

Nächste Runde für neue Impulse

Die Fortsetzung der Reihe steht bereits fest: Unter dem Titel „Impulse Schwerwiegend herausforderndes Verhalten“ steht auch hier die fachliche Vertiefung im Mittelpunkt, um Handlungssicherheit zu stärken und den kommunalen Austausch zu fördern. Termine werden rechtzeitig veröffentlicht.

Wirkung und Wirksamkeit in der Eingliederungshilfe

Erste Instrumente zur Evaluation veröffentlicht

Wie wirken Angebote der Eingliederungshilfe? Und mit welchen Mitteln lässt sich diese Wirkung bewerten? Gesetzlich vorgeschrieben, fehlte es in der Praxis bisher an Instrumenten und einem einheitlichen Vorgehen für die Prüfung. Ein vom KVJS initiiertes Modellprozess hat nun konkrete Lösungsvorschläge für den Bereich „Wohnen“ erarbeitet.

Unter Federführung des KVJS wurde 2024 die interkommunale AG „Wirkungsorientierung“ ins Leben gerufen. In enger Zusammenarbeit mit den Stadt- und Landkreisen entstand innerhalb dieser Arbeitsgruppe ein Modellprozess, der die Brücke schlägt: Von der Wirkungskontrolle im Einzelfall hin zur fundierten Wirksamkeitsprüfung ganzer Leistungsangebote.

Der Ansatz der Arbeitsgruppe baute dabei auf den Überlegungen auf, die im Rahmen des Förderprojekts „Neue Bausteine der Eingliederungshilfe 2019-2022“ entwickelt wurden. In diesem Rahmen hatten zwei Projektstandorte, wissenschaftlich begleitet durch die Duale Hochschule Baden-Württemberg und unter Einbeziehung der Perspektiven von Menschen mit Behinderung, wichtige Vorarbeit geleistet.

Daraus resultierten bereits wertvolle Instrumente, um anhand von Parametern wie Zufriedenheit, Zielerreichung und Intensität

Fragen & Anmeldung

Möchten Sie Fragen stellen, Feedback geben, sich für Schulungen anmelden oder als Erprobungsstandort teilnehmen?

Dann wenden Sie sich bitte an:
Wirkungsorientierung@kvjs.de

der Assistenz die Wirkung von Angeboten des Teilhabemanagements zu evaluieren.

Das „Wirkmodell Wohnen“

Im Fokus des neuen Prozesses steht das „Wirkmodell Wohnen“. Es basiert auf dem Konzept der Ankerwirkmodelle der Evangelischen Hochschule (EH) Nürnberg nach Sebastian Ottmann, der den Prozess punktuell mit fachlichem Input begleitete.

Das Modell ermöglicht es Leistungsträgern, die Wirksamkeit eines Angebots fundiert einzuschätzen. Damit wird eine Grundlage für die strategische Zusammenarbeit mit Leistungserbringern geschaffen – sei es im Kontext von Werkstätten, Qualitätsdialogen oder weiterführenden Anforderungen.

Startschuss für die Erprobungsphase

Ausgewählte Träger der Eingliederungshilfe können nun die Praxistauglichkeit der entwickelten Instrumente testen. Nach erfolgreicher Testphase stehen die Tools allen Stadt- und Landkreisen zur Verfügung – als wichtige Unterstützung bei der Umsetzung der gesetzlich vorgegebenen Wirksamkeitsprüfung.

Ab Herbst 2026 sollen Anwenderschulungen stattfinden, in denen die Instrumente und deren Anwendung im Detail erläutert werden.

| Victoria Weht

Die BAGüS zu Gast beim KVJS



Gruppenfoto während der Stadtführung vor dem Neuen Schloss in Stuttgart. Foto: © Gabriele Hörmlle

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der 23 überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS) veröffentlicht seit 1998 den bundesweiten Kennzahlenvergleich in der Eingliederungshilfe, um über bundesweite Entwicklungen und Trends zu informieren. Im April begrüßte der KVJS die Projektleitungen des Benchmarking-Projekts bei sich in Stuttgart. Das Treffen bot auch in diesem Jahr Raum für intensiven fachlichen Austausch. Im Mittelpunkt der Zusammenkunft standen am ersten Tag ein Rückblick auf den aktuellen Kennzahlenvergleich 2024 und die Vereinbarungen zur Datenerhebung für das Jahr 2025. Außerdem berichteten die Projektleitungen und Carsten Mertins von der BAGüS-Geschäftsstelle über aktuelle Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene.

Ein Highlight bildete das Abendprogramm: Bei einer Stadtführung der besonderen Art präsentierten Menschen mit Behinderungen Stuttgart aus ihrer eigenen Perspektive. Dabei wurden nicht nur historische Hintergründe anschaulich vermittelt, sondern auch zahlreiche spannende und humorvolle Anekdoten erzählt, die den Teilnehmenden die Landeshauptstadt auf eindrucksvolle Weise näherbrachten.

Am zweiten Veranstaltungstag begrüßte Verbandsdirektor Frank Stahl die Datenexpertinnen und -experten aus der Bundesrepublik und ging in seinem Grußwort auf die aktuellen Rahmenbedingungen der Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg ein. Abschließend widmete sich die Runde weiteren zentralen fachlichen Fragestellungen und aktuellen Entwicklungen im Bereich der Eingliederungshilfe.

| Selina Baumelt

INFO

Die BAGüS veröffentlicht einmal jährlich den BAGüS Kennzahlenvergleich der Eingliederungshilfe. Den aktuellen Kennzahlenvergleich finden Sie auf der Webseite unter www.bagues.de.



Die Daten aus Baden Württemberg beruhen auf der jährlichen KVJS-Datenanalyse zu den Leistungen der Eingliederungshilfe. Mehr zu dem Bericht finden Sie in diesem Heft auf Seite 12 oder unter www.kvjs.de/publikationen



Die gemeinsame Kooperationsvereinbarung drängt

Land soll im Prozess der Modellkonsolidierung vermitteln

Die Spitzenverbände von Leistungsträgern und Leistungserbringern verfolgen bei der Modellkonsolidierung ein gemeinsames Ziel: die spürbare Verringerung bürokratischen Aufwands. Doch der Weg dorthin ist komplex. Nun soll das Sozialministerium einen vermittelnden Vorschlag für eine neue gemeinsame Kooperationsvereinbarung vorlegen. Ein Gespräch mit Eva Matschinsky, der neuen Dezernentin für Soziales im KVJS.

Frau Matschinsky, die Modellkonsolidierung in der Eingliederungshilfe nach SGB IX zielt darauf ab, die Leistungssystematiken für besondere Wohnformen zu vereinheitlichen. Wie viele Modelle gibt es aktuell?

Derzeit haben wir beim KVJS neun unterschiedliche Leistungssystematiken erfasst, wobei eine der Kategorien bereits als „Sontiges“ bezeichnet ist und damit verschiedene Untervarianten enthält.

Innerhalb dieser Systematiken gibt es wiederum zahlreiche Teilsystematiken. Insgesamt sprechen wir von rund hundert Varianten, die sich hinsichtlich Leistungsumfang, Paketstruktur und Personalschlüssel deutlich unterscheiden.

Welche Auswirkungen hat diese Vielfalt auf den Verwaltungsaufwand?

Der Aufwand ist enorm. Bereits bei den Leistungs- und Vergütungsverhandlungen, die der KVJS gemeinsam mit den Stadt- und Landkreisen führt, fordert die Modellvielfalt die Mitarbeitenden massiv.

Erschwerend kommt hinzu, dass es bisher keine Software gibt, die diese Komplexität abbilden kann. Auch in den Stadt- und Landkreisen führt die Vielfalt zu einem gigantischen Aufwand: Mit teils 500 bis 600 so-

nannten Leistungsbäumen pro Kreis in den EDV-Systemen sind die Varianten kaum noch überschaubar. Für die Mitarbeitenden der Eingliederungshilfe ist es immer noch extrem aufwendig, sich in diesen Strukturen zurechtzufinden und effizient zu handeln.

Im neuen Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg wird die Modellkonsolidierung als Ziel formuliert, „um den bürokratischen Aufwand für Leistungsberechtigte, Leistungserbringerinnen und Leistungsträger massiv zu verringern.“ Welche weiteren Chancen bietet ein landesweit einheitliches System?

Ein zentrales Stichwort ist Vergleichbarkeit. Nur mit einer einheitlichen Systematik lassen sich Leistungen im Sinne von Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz bewerten – eine klare gesetzliche Vorgabe aus dem Sozialgesetzbuch. Zudem erhöht ein standardisiertes System die Wahrscheinlichkeit, dass Leistungen direkt und schneller bei den Menschen mit Behinderungen ankommen, statt im Verwaltungsaufwand zu versickern.

Und nicht zuletzt profitieren alle Beteiligten von weniger Bürokratie. Neben dem Bürokratieabbau bei den Trägern soll insbesondere für Leistungserbringer die Nachweisführung deutlich vereinfacht werden.

Wie ist die Situation im Vergleich zu anderen Bundesländern?

Baden-Württemberg hat mit 44 Stadt- und Landkreisen auch 44 Träger der Eingliederungshilfe – eine bundesweit besondere Struktur. In Ländern wie Sachsen oder Nordrhein-Westfalen gibt es deutlich weniger Zuständigkeiten und allein deshalb schon landeseinheitliche Modelle.

Gleichzeitig ist Baden-Württemberg bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes weit fortgeschritten: Zwischen 2022 und 2025 wurden rund 4500 Vereinbarungen nach dem neuen Rahmenvertrag verhandelt, in dessen Zentrum personenzentrierte Leistungen stehen, die Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben ermöglichen sollen.

Wie würde es nach einer Einigung zwischen Trägern und Leistungserbringern im Prozess der Modellkonsolidierung weitergehen?

Aktuell werden die Rahmenbedingungen einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung verhandelt. Aus Sicht der Leistungserbringer stehen dabei vor allem die Standardisierung und vollständige Digitalisierung von Bescheiderstellung und Rechnungsprozessen

im Fokus. Aus Sicht der Träger der Eingliederungshilfe ist die unmittelbare Umsetzung angesichts der aktuellen Komplexität und der fehlenden IT-Lösungen herausfordernd. Nach einer Einigung in dieser Sache könnte dann die konkrete Leistungssystematik, der ursprüngliche Kernaspekt, abgestimmt werden.

Wichtig ist dabei ein klarer, realistischer Zeitplan. Eine Erprobungsphase und anschließend sukzessive Umstellung erscheint mir sinnvoll, um Risiken zu minimieren. Ich denke es ist wichtig, dass wir aus den Erfahrungen der Einführung des Landesrahmenvertrags 2021 lernen und die bekannten Stolpersteine umgehen. Parallel dazu muss die digitale Umsetzung frühzeitig und konsequent vorangetrieben werden.

Warum braucht es die Vereinheitlichung jetzt?

In meinen Augen ist die Reduktion auf ein einheitliches Modell alternativlos. Angesichts der finanziellen Belastungen der Stadt- und Landkreise besteht sonst die Gefahr, dass das System in seiner jetzigen Form nicht dauerhaft tragfähig ist und zu Lasten der Menschen mit Behinderungen geht.

| Das Interview führte Victoria Weht

Eine Expertin in der Sache

Eva Matschinsky ist seit 1. Juni 2026 Dezernentin für Soziales im KVJS und leitete zuvor das Referat „Vertragsrecht und Vergütungen“, wo sie die Verhandlungen im Auftrag der 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg verantwortete.

Sie kennt die Herausforderungen des aktuellen Systems und hat den Prozess der Modellkonsolidierung von Anfang an eng mitbegleitet.



Eva Matschinsky in Ihrem Büro des KVJS. Foto: © Victoria Weht

Vielfalt feiern: Zehn Jahre Kommunale Behindertenbeauftragte



Gruppenfoto der 39 KBB und den weiteren Gästen aus Politik und Verwaltung. Foto: © LRA Rastatt

Ende April feierten die Kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung (KBB) in Baden-Württemberg ihr zehnjähriges Bestehen. Knapp 100 Gäste aus Politik und Verwaltung – darunter Frank Mentrup, Präsident des Städtetags Baden-Württemberg und KVJS-Verbandsdirektor Frank Stahl – kamen im Landratsamt Rastatt zusammen, um die bisherigen Erfolge zu würdigen und kommende Herausforderungen des Amtes zu diskutieren.

Die Jubiläumsveranstaltung wurde von Landrat Prof. Dr. Christian Dusch (Rastatt) eröffnet. Ein Impulsvortrag von Dr. Matthias Kempf vom Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste an der Universität Siegen sowie ein anschließendes Podiumsgespräch beleuchteten die Chancen und Herausforderungen der Inklusionsarbeit in den Kommunen im Spannungsfeld zwischen Anforderung und Wirklichkeit. Einen guten Einblick in das Wirken der Beauftragten dokumentiert auch die neue Jubiläumsbroschüre, die während der Veranstaltung vorgestellt wurde und demnächst auf der Webseite des Ministeriums für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg verfügbar ist.

Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde zudem ein Wechsel an der Spitze der gemeinsamen AG KBB offiziell: Die langjährige Vorsitzende, Petra Mumbach (KBB Rastatt), wurde unter großem Beifall verabschiedet und übergab ihren Vorsitz kommissarisch an Frau Jennifer Langer aus Stuttgart. Mumbach bleibt dem Vorstand jedoch weiterhin erhalten.

| Selina Baumelt, Victoria Weht

Motto der Jubiläumsveranstaltung: 10 Jahre Vielfalt.

Foto: © Selina Baumelt



Fellbacher Wohnungsbaugenossenschaft eG gründet Inklusionsunternehmen

Die Fellbacher Wohnungsbaugenossenschaft eG (FEWOG eG) hat mit der FEWOG plus Service- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (FEWOG plus) ein gewerblich anerkanntes Inklusionsunternehmen gegründet. Das neue Unternehmen ist eine 100-prozentige Tochter der FEWOG eG und verbindet wohnungsnahе Dienstleistungen mit dem Ziel, dauerhafte inklusive Arbeitsplätze zu schaffen.

Bereits seit vielen Jahren engagiert sich die FEWOG eG für die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung und arbeitete bislang mit Werkstätten und Inklusionsbetrieben zusammen. Mit der Gründung der FEWOG plus geht die Genossenschaft nun einen konsequenten nächsten Schritt: Sie schafft eigene sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in einem anerkannten Inklusionsunternehmen.

Wolfgang Röder, Aufsichtsratsvorsitzender der FEWOG eG, hob hervor, dass die Gründung auf einer engen Zusammenarbeit mit dem Inklusionsamt des KVJS sowie der einhelligen Unterstützung von Vorstand, Aufsichtsrat und Mitgliederversammlung der FEWOG eG beruhe. „Die FEWOG plus verbindet die nachhaltige Schaffung inklusiver Arbeitsplätze mit einem hochwertigen Dienstleistungsangebot für unsere Mitglieder – ein echter Synergieeffekt.“

Auch Bernhard Pflaum, Leiter des Referats Inklusionsbetriebe beim KVJS, würdigte das Projekt: „Für die Gründung eines Inklusionsunternehmens braucht es viel Herzblut und Begeisterung. Bundesweit ist die FEWOG plus die erste Konstellation eines Inklusionsunternehmens innerhalb einer wohnungswirtschaftlichen Genossenschaft – das kann durchaus Vorbildcharakter haben.“

| PM FEWOG



Feierten den Start der FEWOG plus: Johannes Berner (Erster Bürgermeister der Stadt Fellbach), Nina Weigl (geschäftsführende FEWOG-Vorständin), Wolfgang Röder (FEWOG-Aufsichtsratsvorsitzender), Ingolf Epple und Julius Frick (beide nebenamtliche FEWOG-Vorstände), Dr. Iris Beuerle (Verbandsdirektorin des vbw Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. Foto: © FEWOG



Mark Bohleber vor der Kamera ...

„Ein Geschenk für die Firma“

Beispielhafte Inklusion bei Netze BW in Wiesloch

„Ich habe 123 Bewerbungen geschrieben, in sieben Firmen als Praktikant gearbeitet und war bestimmt auf über 20 Vorstellungsgesprächen.“ Das sagt Mark Bohleber, Fachkraft für Lagerlogistik, eine gefragte Qualifikation. Aber: „Was habe ich an Ablehnungen gekriegt.“ Denn Mark Bohleber hat ein Handicap.

Seine Geschichte erzählt der junge Lagerlogistiker in einem Vier-Minuten-Kurzfilm. Mark Bohleber hat eine Autismus-Spektrum-Störung. Im Logistikzentrum Wiesloch der Netze BW GmbH bekam er eine berufliche Chance. Heute bewegt er sich ganz selbstverständlich auf dem riesigen Gelände des Logistikzentrums.

„Ich kann mich nicht so gut in Gefühle von anderen Menschen hineinversetzen“, fasst Mark Bohleber die Auswirkung seiner Behinderung in Worte. Da kann es schnell mal zu einem Missverständnis, wenn nicht sogar einem Konflikt kommen. Zumal

er eine Kommunikation ohne Schnörkel braucht, oder wie es Hendrik Onnen, Teamleiter Logistik in Wiesloch, formuliert: „Er braucht klare und präzise Anweisungen.“ Dann kann Bohleber seine große Stärke bei der Erledigung seiner Aufgaben ausspielen. Teamleiter Onnen lobt: „Ich weiß, das ist zu 100 Prozent erledigt“, Kontrolle überflüssig.

Verständnis wecken

Onnen war offen für seinen neuen Mitarbeiter mit Handicap. Er hat sich Unterstützung organisiert, zum Beispiel von der Schwerbehindertenvertre-

tung. Führungskräfte sowie die Kolleginnen und Kollegen konnten das Verhalten des Neuzugangs besser einordnen, weil Fachleute von Inklusions- und Integrationsfachdienst (IFD) und KVJS-Inklusions- und Integrationsamt sie vor Ort für die Auswirkungen einer autistischen Störung sensibilisierten. Mit dem richtigen Verstehen kam das Verständnis. Und wenn's doch mal knirscht oder klemmt, schaltet Mark Bohleber seinen Ansprechpartner vom IFD ein.

Zwischenbilanz: Passende Kommunikation – check, zuverlässige Aufgabenerfüllung – check. Aber wie in jeder interessanten Geschichte gibt es noch ein Hindernis auf dem Weg zum Erfolg: „Meine Handgriffe gehen halt nicht so schnell wie bei anderen“, weiß Logistikfachmann Bohleber. Und wie in jeder guten Geschichte gibt es jemanden, der das Hindernis vielleicht nicht zur Seite schafft, aber einen kleinen Umweg darum ebnet.

Dieser Jemand war in Mark Bohlebers Fall das Inklusions- und Integrationsamt des KVJS. Dessen sorgsam gegebener Umweg trägt die schöne amtliche Bezeichnung „Beschäftigungssicherungszuschuss“ zu den Lohnkosten des Arbeitgebers. „Es ist Hilfe da, man muss nur bereit sein, sie anzufordern und anzunehmen“, betont Teamleiter Onnen.

... und bei der Arbeit. Fotos: © Johanna Bleß



Schauen Sie Mark Bohleber über die Schulter

Über Mark Bohleber hat der KVJS einen kleinen Film drehen lassen. Als gelungenes Beispiel beruflicher Teilhabe ist er im Rahmen der Info-Kampagne „Stellt Euch nicht so an. Stellt uns an.“ zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu sehen. Sie finden ihn auf der speziell für die Kampagne entwickelten Landingpage – und noch vieles mehr: <https://inklusion.kvjs.de/>

Denn das durch die Behinderung entstandene Hindernis wird bleiben. Der Umweg aber auch. Und so kann Mark Bohleber ein wenig verschmitzt feststellen: „Da die Firma finanziell bezuschusst wird, bin ich als Arbeitskraft ja auch ein bisschen ein Geschenk für die Firma.“ | *Monika Kleusch*



Erfolgreiche Kampagne: mehr als 2,5 Mio. Kontakte

Zwischen dem 19. März 2026 und dem 27. Mai fuhr das Inklusion- und Integrationsamt des KVJS eine crossmediale Infokampagne unter dem Motto „Stellt Euch nicht so an. Stellt uns an.“ Das Ziel: Interesse an der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung wecken. Bestandteile: ein landesweit laufender Kinospot, Mini-Spots von wenigen Sekunden Dauer auf LinkedIn, Google und Youtube, Plakate, Postkarten und die auf das

Thema zugeschnittene Landingpage <https://inklusion.kvjs.de/> mit den wichtigsten Informationen für Arbeitgeber. Sie wird auch nach Abschluss der Kampagne weiterhin erreichbar sein.

Die Inhalte wurden rund 2,5 Millionen Mal ausgespielt und schufen so Aufmerksamkeit für das zentrale Anliegen. | *Monika Kleusch*



Social Media
1.56 Mio. Video-Klicks





Landing Page

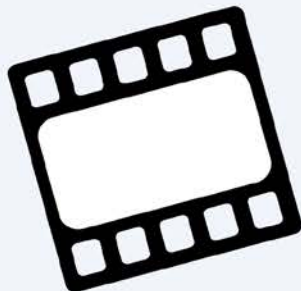
4.482 registrierte Klicks
davon 3.337 durch LinkedIn und Google



**NICHT SO AN.
UNS AN.**

KVJS

Kinospot
269.708 Kontakte



Poster

304 Exemplare

Postkarten

3.670 Exemplare



**Wir sind
Gastgeber.**

**STELLT EUCH NICHT SO AN.
STELLT UNS AN.**

KVJS

Sie wünschen sich mehr Inklusion in Ihrem Unternehmen? Jetzt beraten lassen!
Mehr unter: kvjs.de





Inklusive Gaumenfreuden

Tonis Street. Food. Café punktet mit Geschmack und Atmosphäre

Einladend, offen und natürlich barrierefrei: Das neue Café-Bistro „Tonis Street. Food. Café“ in Ellwangen hat in mehr als einer Hinsicht den Geschmack getroffen. Der Meinung waren offensichtlich auch die Gäste der Eröffnung am 18. April 2026.

Das kulinarische Konzept: Modern, frisch, regional. Ob verschiedene Frühstücksvarianten, leckere Bowls, knackige Salate, hausgemachte Falafel, Suppen oder neu interpretierte Kartoffelgerichte – das Angebot lässt nicht nur Vegetariern das Wasser im Mund zusammenlaufen.

Das personelle Konzept: Inklusiv. „Ganz konkret schaffen wir in diesem Projekt sechs Arbeitsplätze für Beschäftigte mit Behinderung. Als Inklusionsunternehmen der Konrad-Biesalski-Schule ist genau das unser Kernauftrag: Wir möchten den Übergang von der schulischen Bildung in den Lebensbereich Arbeit und Beruf aktiv gestalten“, so beschreibt es Ron Geyer, Geschäftsführer des Inklusionsunternehmens KBS Arbeit und Integration gGmbH, dem Träger des neuen Inklusionsprojektes in Ellwangen.

Das Raumkonzept: Grün. Für die Gestaltung des frisch sanierten Gastraums mit seinen 35 Plätzen zeichnen Studierende der Hochschule für Technik Stuttgart unter Leitung ihrer Professorin Diane

Ziegler verantwortlich. Erklärtes Ziel von Ziegler ist es, für Menschen mit Einschränkungen gute Innenräume zu schaffen. So entwarfen die angehenden Innenarchitekten ein flexibles Raumkonzept mit bepflanzten Raumteilern. Grün ist auch der Außenbereich. Das neue Café-Bistro liegt mitten in der Ellwanger Altstadt. Von einem der 40 Terrassenplätze lässt sich bequem das städtische Treiben beobachten.

Unterstützung durch den KVJS

Für die Entwicklung des Businessplans konnte Geschäftsführer Ron Geyer mit Frank Klasen von der Firma Alsace Hotel Consulting, einen durch





Das Konzept: Gutes Essen und ein motiviertes Team.
Fotos: © Reha-Südwest OWH gGmbH / Noah Stooß

den KVJS akkreditierten erfahrenen Fachberater für den Hotellerie- und Gastronomiesektor mit 20 Jahren Erfahrung beim Aufbau von Inklusionsbetrieben gewinnen, „Er hat uns maßgeblich unterstützt und wertvolle Impulse gegeben.“

Das Inklusions- und Integrationsamt des KVJS gehörte zu den Starhelfern des neuen Café-Bistros. Es fördert die neuen Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zum einen investiv und zum anderen dauerhaft durch Beschäftigungssicherungszuschüsse. Von der Aktion Mensch gab es Starthilfeförderung und eine Investitionsförderung. So kann es gelingen, was Ron Geyer bei der Eröffnung von Tonis Street. Food. Café betonte: „Unser Ziel ist es, Brücken zu bauen – Brücken in den ersten Arbeitsmarkt, in ein selbstbestimmtes Leben und in eine wertvolle, sinnstiftende Beschäftigung.“

| Monika Kleusch

Weitere Informationen unter:

www.kbsai.de/tonis-street-food-cafe/

Die Expertenmeinung von Frank Klasen

„Die Herausforderung war, auf relativ wenig Raumfläche ein optimal eingerichtetes Café-Bistro mit einem modernen, gut durchdachten gastronomischen Angebot an Speisen und Getränken zu schaffen. Im Vordergrund standen dabei die optimale Ausnutzung der Sitzplatzflächen sowie die Funktionalität der Gastronomieeinrichtung mit kurzen Laufwegen und nahen Produktionsflächen.“

Von besonderem Wert bei diesem Projekt sind der hervorragende Standort am Rande der Fußgängerzone und Mitten im Herzen der Stadt, die Terrassenfläche, der geringe Wettbewerbsdruck. Hinzu kommt im Startjahr die Landesgartenschau mit vielen Besuchern. Dies sind ideale Konditionen für einen gelungenen Start des Projektes.“



Zur Person: Frank Klasen ist Fachberater für Inklusionsunternehmen in Hotellerie und Gastronomie in enger Kooperation mit dem KVJS und hat Erfahrung in der Projektentwicklung von mehr als 70 Inklusionsbetrieben in Baden-Württemberg. Foto: © privat

LJHA: Konsens und Kraftanstrengung

Gremium setzt auf einen gemeinsamen Weg für den Erfolg

Der KVJS-Tagungsraum war nahezu bis auf den letzten Platz gefüllt. Grund: Ab sofort zählt der Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) weitere neue beratende Mitglieder. Darüber hinaus konnte der seinerzeit amtierende Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann aus dem Kultusministerium in der ersten Sitzung des Jahres begrüßt werden.



Genau wie alle LJHA-Mitglieder folgten sie den Äußerungen von Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann (re. Foto): Dezerent Gerald Häcker, Verbandsdirektorin a. D. Kristin Schwarz, Verbandsvorsitzender Landrat Gerhard Bauer sowie der mittlerweile amtierende Verbandsdirektor Frank Stahl (v.l.n.r.). Fotos: © Ulrike von Siegroth

Es war eine umfangreiche Agenda, die den jüngsten KVJS-Landesjugendhilfeausschuss Ende März bestimmte. Zugleich war es die letzte LJHA-Sitzung unter Beteiligung von Verbandsdirektorin Kristin Schwarz vor ihrem Eintritt in den Ruhestand.

Gemeinsam mit dem Verbandsvorsitzenden Landrat Gerhard Bauer und dem nun amtierenden Verbandsdirektor Frank Stahl sowie Dezerent Gerald Häcker richtete das Plenum den Blick auf die Arbeitsschwerpunkte für 2026 – allen voran die fachliche Begleitung von Gesetzesvorhaben, sei es das Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (LKJHG) oder das Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG). Für den persönlichen Austausch – nicht zuletzt auch zu diesem Thema –

war Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann in das Gremium gekommen.

Bildung von Beginn an

Im Mittelpunkt des direkten Dialogs zwischen Hager-Mann und den Ausschussmitgliedern standen aktuelle Themen der Kinder- und Jugendhilfe, vor allem die frühkindliche Bildung. Dass diesbezüglich eine Schwerpunktsetzung auf der Sprachförderung für Kita-Kinder liegt, unterstrich Hager-Mann. Ein Aspekt, der im Plenum einhellige Zustimmung erfuhr. So läuft etwa mit „Sprach-Fit“ ein Förderprogramm, das Kinder noch vor Schulbeginn beim Erwerb der deutschen Sprache unterstützt. Vor diesem Hintergrund ist in Baden-Württemberg auch ein verbindliches, letztes Kita-

Jahr in der Diskussion, inzwischen auch Teil des neuen Koalitionsvertrages, das vor dem Schulstart nötige Sprachkenntnisse sicherstellen soll. Die Sprachförderung ist dabei nicht allein Sache der Kitas. Auch in der Grundschule liegt vermehrt das Augenmerk darauf: In sogenannten Juniorklassen wird die gezielte Sprachförderung, wenn nötig, fortgesetzt. Es geht im Kern darum, allen Kindern zu Beginn der Schulzeit die gleichen Chancen für erfolgreiches Lernen zu ermöglichen. Ein Vorhaben, das eine gemeinsame Kraftanstrengung erfordert.

Gleiches gilt für die Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) – ein ebenfalls viel beachtetes Thema der Sitzung. Die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler hat ab dem kommenden Schuljahr 2026/2027 schrittweise für die Klassen 1 bis 4 zu erfolgen. In der Fachdiskussion widmete sich der LJHA dann den Themen der Ganztagsausbaustatistik sowie der Betreuung während der Ferienzeiten. Speziell hierzu hatte der LJHA schon im Vorfeld die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgemeinschaft, kurz „AG Ferienbetreuung“, beim Kultusministerium angeregt. Mittlerweile koordiniert der KVJS diese AG, die sich insbesondere mit rechtsanspruchserfüllenden Ausgestaltungsmöglichkeiten, deren Rahmenbedingungen sowie deren Organisation befasst.

INFO

Der LJHA trifft sich in diesem Jahr noch zwei weitere Male. Das Gremium tagt planmäßig am 1. Juli sowie am 21. Oktober 2026, jeweils direkt beim KVJS in Stuttgart. www.kvjs.de



Transfer in die Praxis

Erst in seiner letzten Sitzung Ende Oktober hatte sich der LJHA über die „Stationäre Versorgung junger Menschen in Baden-Württemberg“ ausgetauscht und die gleichnamige KVJS-Analyse präsentiert. Dem Bericht sollen nun konkrete Handlungsschritte folgen, mit deren Konzeption eine neu eingerichtete Arbeitsgruppe aus Vertretungen der öffentlichen und freien Träger sowie des KVJS beauftragt wurde.

Unter Federführung von Dezernent und KVJS-Landesjugendamtsleiter Gerald Häcker ist es das Ziel, fundierte Entscheidungsgrundlagen und konkrete Umsetzungsempfehlungen zu entwickeln, um die Erarbeitung lösungsorientierter Anpassungen in der stationären Jugendhilfe zu ermöglichen. Die Arbeitsgruppe ist zunächst für die Dauer eines Jahres tätig. Erste Ergebnisse sollen in der Oktobersitzung des LJHA vorgestellt werden.

| Ulrike von Siegroth

Landesombudsstelle verstetigt sich weiter

Suchen Kinder, Jugendliche oder Familien Beratung und Unterstützung bei Konflikten innerhalb des Systems der Kinder- und Jugendhilfe, finden sie bei der Landesombudsstelle vertrauensvolle Ansprechpartner. Seit mittlerweile 2021 ist das Team um Dr. Sonja Kuhn im Einsatz. In der Sitzung des LJHA zog die Landesombudsfrau eine Zwischenbilanz und zeigte auf, was sich seither getan hat. „Vieles wurde in den vergangenen Jahren standardisiert und professionalisiert, aber der Verstetigungsprozess ist noch nicht abgeschlossen.“

Organisatorisch beim KVJS verortet, sei die Unabhängigkeit der Landesombudsstelle stets unangetastet geblieben, wofür Kuhn der Verbandsleitung ihren Dank aussprach. Rund 3.600 Beratungsfälle seien bisher erfasst worden. Mit Blick auf die weiterhin steigende Nachfrage bei anhaltender Ressourcenknappheit verdeutlichte die Landesombudsfrau den Wunsch nach personeller Verstärkung des hauptamtlichen Teams. Mehr über dessen Aufgaben und Angebote gibt es unter: www.ombudschaft-jugendhilfe-bw.de/



Bewegung macht Spaß und ist für das gesunde Aufwachen von Kindern essentiell. Foto: © Oksana Kuzmina - stock.adobe.com

Kinderturnstiftung: KVJS-Verbandsdirektor ins Kuratorium berufen

Frank Stahl, seit 1. April 2026 amtierender Verbandsdirektor des KVJS, wird sich wie seine Amtsvorgängerin Kristin Schwarz für die Kinderturnstiftung Baden-Württemberg einsetzen. Deren Stiftungsrat hat Stahl im Mai einstimmig in das Kuratorium berufen: „Ich freue mich darauf, die Arbeit der Kinderturnstiftung als Kuratoriumsmitglied zu begleiten“, erklärt Frank Stahl. Bereits seit mehreren Jahren arbeitet der Verband eng mit der Kinderturnstiftung zusammen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Bewegung von Kindern zu fördern und so ein gesundes Aufwachen zu unterstützen.

Der KVJS und die Kinderturnstiftung stehen regelmäßig in fachlichem Austausch, kooperieren bei Veranstaltungen und engagieren sich gemeinsam in der Beratung von Sportvereinen als Kita-Träger mit bewegungspädagogischem Schwerpunkt.

| Ulrike von Siegroth



Susanne Weimann, Vorstandsvorsitzende der Kinderturnstiftung Baden-Württemberg (li), mit KVJS-Verbandsdirektor Frank Stahl und seiner Vorgängerin Kristin Schwarz.

Foto: © Larissa Straub

Tagesstätten: Nutzen übertrifft Kosten

Wesentliche Erkenntnisse des Forschungsprojekts vorab als KVJS-Kompakt

Die baden-württembergischen Tagesstätten für Menschen mit psychischer Erkrankung standen im Mittelpunkt des KVJS-Forschungsprojekts APerTA-BW. Wesentlichen Ergebnisse liegen bereits jetzt als erste Publikation der neuen Reihe KVJS Kompakt vor.

Das neue Format KVJS Kompakt beantwortet immer eine Eingangsfrage. In diesen Fall lautet sie: Sind Tagesstätten für Menschen mit psychischer Erkrankung bei pauschaler Finanzierung präventiv wirksam? Auf sechs Seiten wird diese Frage beantwortet, knapp und eben: kompakt.

Die landesweit 105 Tagesstätten sind ein niederschwelliges Angebot für Erwachsene mit einer chronischen psychischen Erkrankung. „Die gewonnenen Erkenntnisse legen die Hypothese nahe, dass das vielfältige Angebot der Tagesstätten die Besuchenden stabilisiert, ihrer Vereinsamung vorbeugt und damit präventiv wirksam ist“, erläutert Dr. Justus Heck von der KVJS-Forschung und Autor des neuen Kompakt.

Prävention wirkt

Das Kompakt zu dem Forschungsprojekt mit dem vollständigen Namen „Angebote und Perspektiven von Tagesstätten für Menschen mit psychischer Erkrankung in Baden-Württemberg“ nimmt auch die Kosten für diesen Teil der gemeindepsychiatrischen Versorgung in den Blick. Dabei betrachtet es nicht nur die durchschnittlichen Kosten der Tagesstätten pro Einwohner, sondern stellt auch eine hypothetische Rechnung zur Kostensteigerung im psychiatrischen System auf, falls das präventiv wirkende Angebot der Tagesstätten entfallen würde.

„Das Interesse an den Ergebnissen des Forschungsprojekts ist groß“, bestätigt Justus Heck. „Es liegen landes- und bundesweit Anfragen



Foto: © Thomas Brenner

nach den Ergebnissen vor.“ Mit seinem neuen Format KVJS Kompakt hat der Verband nun ein Angebot geschaffen, dieses Interesse noch vor dem Erscheinen des umfangreichen Abschlussberichts zu APerTa-BW zu bedienen, abrufbar unter dem Stichwort Publikationen auf www.kvjs.de/forschung/projekte/angebote-und-perspektiven-von-tagesstaetten | Monika Kleusch

Anmeldung zur Abschlusstagung APerTa-BW am 21.07.2026 noch möglich

Für die Abschlusstagung am 21. Juli 2026 im KVJS-Tagungszentrum Gültstein waren bei Redaktionsschluss noch einige Plätze frei. Außerdem kann man sich noch problemlos für die Online-Teilnahme registrieren lassen.

Weitere Infos und Anmeldemöglichkeit: www.kvjs-fortbildung.de/programm/kw/bereich/kursdetails/kurs/26SP0057/

Neues Forschungsprojekt zu Vormundschaft

KVJS setzt zum 1. Juni 2026 neues Forschungsprojekt zu Vormundschaft auf

Mit dem 2023 reformierten Vormundschaftsrecht stehen das Mündel sowie die ehrenamtliche Vormundschaft stärker im Vordergrund. Hier setzt ein neues KVJS-Forschungsprojekt an. Dazu ein Gespräch mit Projektleiterin Heike Korge vom Landesjugendamt.



Foto: © Andrii Yalanskyi - stock.adobe.com

Frau Korge, was ist der Anlass für ein Forschungsprojekt zum Thema Vormundschaft?

Schon 2021 stellten Benjamin Froncek und Jens Pothmann in „Unbekannte Vormundschaft“ fest: „Über kein anderes Feld der Kinder- und Jugendhilfe ist womöglich so wenig bekannt, wie über das Handlungsfeld der Vormundschaft und Pflegschaft. Es gibt Lücken in den amtlichen Statistiken und es fehlt an quantitativen und qualitativen empirischen Untersuchungen.“ Mit dem Forschungsprojekt beabsichtigt der KVJS, sowohl empirische Grundlagen als auch darauf basierend eine

fachliche Weiterentwicklung der Jugendhilfe im Bereich Vormundschaft anzustoßen.

Muss die Zusammenarbeit der Akteure neu gedacht werden?

Das Projekt bringt nach der umfangreichen Gesetzesänderung landesweit unterschiedliche Akteure wie Jugendämter, Familiengerichte und Mündel ins Gespräch, die ihre Vorgehensweisen und Erfahrungen austauschen und in einen Dialog über die Weiterentwicklung ihrer Zusammenarbeit eintreten können.

Was heißt das in Bezug auf die Jugendämter und Familiengerichte?

Durch das Projekt wollen wir die Praxis der Beratung, Unterstützung und Beaufsichtigung von Vormündern durch die Jugendämter ebenso erfassen wie die Praxis und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Jugendämtern und Familiengerichten.

Bedeutet das auch eine Stärkung ehrenamtlicher Strukturen?

Ja, das neue Vormundschaftsrecht zielt ausdrücklich darauf ab, ehrenamtliche Strukturen zu stärken. Die persönliche Betreuung durch Privatpersonen ist – bei gleicher Eignung – gegenüber den anderen Vormundschaftsformen zu priorisieren. Mit dem Projekt sollen mit und für die Jugendämter Empfehlungen herausgearbeitet werden, die Jugendämter dabei unterstützen, eigene, kommunal stimmige und auf die lokalen Bedarfe angepasste Formen zur Gewinnung, Schulung und Vorbereitung von Ehrenamtlichen zu entwickeln.



Fachlich für das Forschungsprojekt verantwortlich: Heike Korge. Foto: © Monika Kleusch

Wird das Forschungsvorhaben auch die Mündel selbst in den Blick nehmen?

Selbstverständlich. Die gesetzlich vorgesehene Stärkung der Subjektstellung des Mündels ist der Dreh- und Angelpunkt sowohl des neuen Vormundschaftsrechts wie unserer Untersuchung. Am Ende unseres Projekts sollen hierzu auch konkrete Impulse für die Praxis stehen.

| Das Interview führte Monika Kleusch

Vormundschaftsprojekt: Renommierete Forschungspartner

Für sein am 1. Juni 2026 gestartetes Forschungsvorhaben „Das neue Vormundschaftsrecht. Erste Einblicke in die Praxis“ konnte der KVJS zwei hochkarätige Partner gewinnen: zum einen das Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft. Die Forschungskonzeption des Bundesforums umfasst zum anderen eine Unterbeauftragung des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF). Mit Dr. Miriam Fritsche wird eine ausgewiesene Expertin zum Thema Vormundschaft Projektverantwortliche und Ansprechpartnerin seitens des Auftragnehmers. (<https://vormundschaft.net/>)

Das multiprofessionelle Netzwerk des Bundesforums besteht seit 2008. In ihm arbeiten Verbände, Organisationen und Einzelpersonen zusammen.

Gemeinsam treiben sie die Fachdiskussion zur Vormundschaft in Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe voran. DIJuF unterstützt die fachliche Arbeit der Jugendämter. Mehr als 20 Juristinnen und Juristen mit unterschiedlichen Schwerpunkten innerhalb der Jugendhilfe und des Familienrechts bringen dabei ihre Kompetenzen ein. (<https://dijuf.de/ueber-uns>)

| Monika Kleusch



Foto: © auremar - stock.adobe.com

Fokus auf das neue Vormundschaftsrecht

Forschungsvorhaben mit konkretem Mehrwert

Das neue KVJS-Forschungsvorhaben verspricht einen deutlichen Mehrwert für die kommunale Familie, die Stärkung der Vormünder und der Mündelrechte. Ein Überblick über die konkreten Ziele und Auswirkungen des Projekts.

Verbesserung der Bedarfsplanung

Durch die gewonnenen Daten dürfte die Bedarfsplanung verbessert werden. Das Forschungsprojekt beabsichtigt, grundlegende Daten zu erheben, die heute so noch nicht vorliegen. Die Jugendämter erhalten durch die systematische Erfassung der in ihrem Zuständigkeitsbereich

bestellten Vormundschaften etwa Einblicke in die Anzahl der Vormundschaften und die Art der bestellten Vormünder (ehrenamtlicher Vormund, Amtsvormund, Berufsvormund, Vereinsvormund). Diese Informationen ermöglichen es den Jugendämtern, strategisch zu planen und ihre Ressourcen gezielt einzusetzen.

die Jugendämter zu unterstützen und den Kinderschutz zu stärken. Die Ergebnisse können als Grundlage für zukünftige Forschungsprojekte dienen.

Stärkung der Zusammenarbeit der Jugendämter und Familiengerichte

Von kommunalem Mehrwert dürften auch Einblicke im Bereich Vormundschaft in die Zusammenarbeit von Gericht und Jugendamt sein. Welche Beispiele einer abgestimmten kindeswohlorientierten Zusammenarbeit beider Institutionen gibt es bereits, welche Faktoren sind förderlich oder stellen besondere Herausforderungen dar?

Stärkung der Vormünder durch die Jugendämter

Durch besseres Wissen lassen sich neuralgische Punkte bei der Unterstützung der Vormünder durch die Jugendämter identifizieren. Deutlich wird, inwiefern und wo es bei den Jugendämtern strukturellen Unterstützungsbedarf gibt, um Vormundschaften heute – direkt oder indirekt – auszuführen.

Aktive Unterstützung bei der Umsetzung des neuen Vormundschaftsrechts

Der Output des Forschungsprojekts soll die Jugendämter in Baden-Württemberg aktiv bei der Umsetzung des neuen Vormundschaftsrechts unterstützen und die Arbeit der Jugendämter erleichtern. Dies fördert die rechtliche Sicherheit und die landesweit – an die jeweiligen Besonderheiten angepasste – einheitliche Umsetzung.

Anlass für Weiterentwicklung und Forschung

Die Projektergebnisse eröffnen die Möglichkeit, kontinuierlich und systematisch an der Verbesserung des Vormundschafts- und Jugendhilfesystems in Baden-Württemberg zu arbeiten, immer mit dem Ziel, Mündeln ein gutes Aufwachsen zu sichern, dem Fachkräftemangel zu begegnen,

Umsetzung der Mündelrechte

Partizipation und Selbstbestimmung tragen zur demokratischen Kultur innerhalb der Kommune bei, zeigen gesellschaftliche Wertschätzung der Mündel und führen insgesamt zu einer besseren Versorgung und Integration von jungen Menschen in die Gesellschaft.

| Heike Korge

Der Zeitplan

Das Projekt ging am 1. Juni 2026 an den Start. Die geplante Laufzeit beträgt zweieinhalb Jahre.

Halbjährlich werden Zwischenberichte den aktuellen Stand dokumentieren.

www.kvjs.de/forschung/projekte

Neue Wege im gerichtlichen Betreuungsverfahren

Erweiterte Unterstützung als Modellprojekt in fünf Kommunen Baden-Württembergs

Mit der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts sind zum 1. Januar 2023 umfassende Änderungen im Betreuungsrecht in Kraft getreten. Im Zuge dieser Reform wurde das Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) neu geschaffen.

Ziel des Bundesgesetzgebers war es, die Selbstbestimmung unterstützungsbedürftiger Menschen zu stärken und den Erforderlichkeitsgrundsatz im Betreuungsverfahren konsequenter umzusetzen. Der Erforderlichkeitsgrundsatz besagt, dass eine rechtliche Betreuung nur eingerichtet werden darf, soweit sie erforderlich ist und nicht durch andere Unterstützungsformen vermieden werden kann.

Ein zentrales Instrument zur Umsetzung dieser Ziele ist die erweiterte Unterstützung nach § 8 Absatz 2 BtOG. Sie ist an der Schnittstelle zum sozialen Hilfesystem angesiedelt und soll bestehende sozialrechtliche Unterstützungsangebote systematisch einbeziehen, um rechtliche Betreuungen möglichst zu vermeiden.

Die Betreuungsbehörden sind im gerichtlichen Betreuungsverfahren grundsätzlich verpflichtet zu prüfen, ob eine erweiterte Unterstützung nach § 8 Absatz 2 BtOG in Betracht kommt und diese bei Vorliegen der Voraussetzungen durchzuführen. § 11 Absatz 5 BtOG ermöglicht den Ländern jedoch, die Anwendung der Erweiterten Unterstützung zunächst im Rahmen von Modellprojekten auf einzelne Betreuungsbehörden zu beschränken. Baden-Württemberg hat von dieser Öffnungsklausel Gebrauch gemacht.

Die Landkreise Ludwigsburg, Ostalbkreis, Lörrach und Emmendingen sowie die Stadt Freiburg wurden vom Land als Modellbehörden bestimmt. Die Modellphase ist auf fünf Jahre angelegt und läuft bis Ende 2027; eine Verlängerung ist möglich.

Für die Durchführung der Modellprojekte erhalten die Landkreise Ludwigsburg und Ostalbkreis als große Kreise jeweils 150.000 Euro jährlich. Die Landkreise Lörrach und Emmendingen sowie die Stadt Freiburg als mittlere Kreise erhalten jeweils 125.000 Euro jährlich aus Landesmitteln.

Ziel der Modellerprobung ist es, belastbare Erkenntnisse zur fachlichen Ausgestaltung der erweiterten Unterstützung, zu ihrem tatsächlichen Vermeidungspotenzial sowie zu bestehenden Schnittstellen im sozialen Hilfesystem zu gewinnen.

Umsetzung der Erweiterten Unterstützung in den Modellkommunen

Die fünf Modellbehörden erproben die erweiterte Unterstützung jeweils auf Grundlage eigener Konzepte. Dabei zeigen sich unterschiedliche organisatorische Ansätze, die die jeweiligen strukturellen Rahmenbedingungen vor Ort berücksichtigen.

Landkreis Ludwigsburg

Im Landkreis Ludwigsburg wird die erweiterte Unterstützung sowohl im gerichtlichen Verfahren als auch im Rahmen der allgemeinen Unterstützungsaufgaben umgesetzt. Neben der Koordination von Hilfen steht die psychosoziale Unterstützung der betroffenen Personen im Mittelpunkt. Ziel ist es, Motivation und Selbstständigkeit zu stärken und gemeinsam mit den Betroffenen tragfähige Unterstützungsstrukturen aufzubauen. Ergänzend verfolgt der Landkreis mit dem Projekt „Lebenskompetenz to go“, das an Sonderpädago-

gischen Bildungs- und Beratungszentren umgesetzt wird, einen präventiven Ansatz zur Vorbereitung junger Menschen auf ein eigenständiges Leben.

Ostalbkreis

Die erweiterte Unterstützung im Ostalbkreis erfolgt insbesondere durch persönliche und häufig aufsuchende Begleitung der betroffenen Personen. Gerade im ländlich geprägten Flächenlandkreis stellt die eingeschränkte Mobilität vieler Betroffener eine besondere Herausforderung dar. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das Angebot von den Betroffenen überwiegend als hilfreich wahrgenommen wird, zugleich aber mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden ist und nur ein begrenztes Vermeidungspotenzial rechtlicher Betreuungen besteht.

Stadt Freiburg

In Freiburg wird die erweiterte Unterstützung im Rahmen eines strukturierten Case-Managements umgesetzt. Die Projektmitarbeiterinnen begleiten Menschen mit komplexen Problemlagen über einen begrenzten Zeitraum intensiv bei der Klärung ihrer Angelegenheiten und der Anbindung an passende Unterstützungsangebote. Neben der Einzelfallarbeit richtet sich der Blick auch auf strukturelle Fragen im sozialen Hilfesystem: Erfahrungen aus den Unterstützungsprozessen werden genutzt, um Kooperationsstrukturen weiterzuentwickeln und mögliche Lücken im Unterstützungssystem sichtbar zu machen.

Landkreis Lörrach

Im Landkreis Lörrach wird die erweiterte Unterstützung durch einen interdisziplinären Begleitkreis flankiert, in dem zentrale Akteure des sozialen Hilfesystems regelmäßig zusammenkommen. Ziel ist es, Erfahrungen aus der Praxis auszuwerten, Schnittstellenprobleme zu identifizieren und bestehende Unterstützungsstrukturen weiterzuentwickeln. Dabei zeigen sich auch strukturelle Herausforderungen im Hilfesystem,



Foto: © Robert Kneschke - stock.adobe.com

etwa begrenzte Kapazitäten in Bereichen wie der Eingliederungshilfe oder der Pflege.

Landkreis Emmendingen

Im Landkreis Emmendingen ist die erweiterte Unterstützung organisatorisch eng mit anderen sozialen Fachdiensten verbunden. Betreuungsbehörde, Sozialpsychiatrischer Dienst, Pflegestützpunkt und weitere Dienste arbeiten innerhalb eines gemeinsamen Fachbereichs zusammen und ermöglichen kurze Abstimmungswege. Anders als in den übrigen Modellkommunen, in denen die Erweiterte Unterstützung von eigens hierfür benannten Mitarbeitenden durchgeführt wird, übernehmen in Emmendingen alle Mitarbeitenden der Betreuungsbehörde sowohl Aufgaben der Betreuungsgerichtshilfe als auch der Fallarbeit der Erweiterten Unterstützung.

| Marina Dizel, Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg / Rouven Wrtal, KVJS

Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte

Wie im KVJS-Aktuell 4/2025 berichtet, wird die praktische Umsetzung der erweiterten Unterstützung in den Modellkommunen seit November 2025 wissenschaftlich vom IGES Institut begleitet. Das Sozialministerium und der KVJS planen, einen weiteren Einblick in die bisherigen Erfahrungen der Modellkommunen zu geben.

Richtig reagiert: Kommunikation im Krisenfall

Planspiel probt das Verhalten im Ausnahmezustand

Wenn es um Kindeswohlgefährdung geht, ist das öffentliche Interesse groß, die Flut an Fragen nach dem Warum meist auch. Dann ist wirksame Krisenkommunikation gefragt. Doch wie funktioniert gute Pressearbeit? Welche Maßnahmen und Abläufe sind im Ernstfall unverzichtbar? Das Krisenplanspiel des KVJS hilft weiter.

Kommt ein Kind zu Schaden, stehen unweigerlich Fragen nach Schuld, Verantwortung oder möglichen Versäumnissen von Seiten des Jugendamtes oder der Einrichtung im Raum. Die jeweilige Einrichtung beziehungsweise das jeweilige Amt und seine Mitarbeiter können durch die mediale Berichterstattung schnell unter Druck geraten. Umso wichtiger ist es, im Krisenfall zügig und versiert zu agieren – nicht zuletzt durch eine gekonnte Kommunikation mit und über die Presse. Wie dies aussehen kann, vermittelt die KVJS-Fortbildung in einer realitätsnahen Simulation, dem Krisenplanspiel.

Simulierter Ernstfall

Im Rahmen dieser Veranstaltung können Mitarbeiter von Jugendämtern, Kitas, behördlichen

Pressestellen genauso wie Landräte, Oberbürgermeister oder Dezernenten mögliche Maßnahmen in einer Krise unter fachkundiger Anleitung durchspielen.

Zuletzt geschehen im Enzkreis. Im Landratsamt in Pforzheim probte das Team um Landrat, Sozialdezernentin und Jugendamtsleitung den Ernstfall. Innerhalb des Planspiels galt es, einen funktio-

INFO

Das KVJS-Krisenplanspiel ist auf Anfrage buchbar. Kommen Sie gerne auf uns zu: redaktion@kvjs.de Unser komplettes Fortbildungsangebot finden Sie unter: www.kvjs-fortbildung.de





Foto: © KVJS

nierenden Krisenstab zu koordinieren, der sicher und professionell agieren konnte: Eine Pressekonferenz markierte schließlich das Finale der Simulation. Mit der Reflexion durch die Teilnehmer und dem Feedback der Referenten endete dann der Veranstaltungstag.

„Die Übung zeigt, wie wichtig Struktur und Rahmung im Krisenfall sind“, so Landrat Bastian

Rosenau über die Bedeutung des Planspiels. Dieses begleitet der KVJS an mehreren Terminen, da die persönliche Vor- und Nachbereitung Kern des Angebots sind. Schließlich wird jedes Krisenplanspiel individuell konzipiert und auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnitten. | Ulrike von Siegroth

Kompaktes Know-how

Das KVJS-Krisenplanspiel gibt es nicht nur bei Behörden und Ämtern vor Ort. Der Verband führt die Fortbildung in kompakter Form auch in seinen eigenen Räumlichkeiten in Stuttgart durch. Zielgruppe des Tagesseminars sind Tandems aus Amtsleitungen und Presseverantwortlichen aus ganz Baden-Württemberg.

Die Veranstaltung vermittelt zunächst theoretisches Hintergrundwissen. Im praktischen Teil erwartet die Teilnehmer dann eine „Mini-Simulation“ rund um gelingsichere Krisen-PR.



Krisenplanspiel beim KVJS: Zu dieser gefragten Fortbildung begrüßt der Verband die Teilnehmer direkt bei sich in Stuttgart – wie hier Ende April. Foto: Justus Heck

Neu erschienen

Alle Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie stehen auch im Internet unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/ zum Download zur Verfügung.

Früher Bescheid wissen!

Sie wollen wissen, was sich im KVJS tut und möchten nicht auf das gedruckte KVJS Aktuell warten? Dann abonnieren Sie kostenlos unsere Online-Ausgabe! Sie erscheint bereits zwei Wochen vor der Druckausgabe im Internet. Wenden Sie sich an: publikationen@kvjs.de

Soziales

Leistungen der Eingliederungshilfe 2024 | März 2026

Mit der Analyse „Leistungen der Eingliederungshilfe 2024“ des KVJS werden erneut die Entwicklungen in der Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg in den Blick genommen. Der inhaltliche Fokus liegt auf den Leistungen zur Sozialen Teilhabe, den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und den inklusiven Leistungen an Schulen.

Bestellung

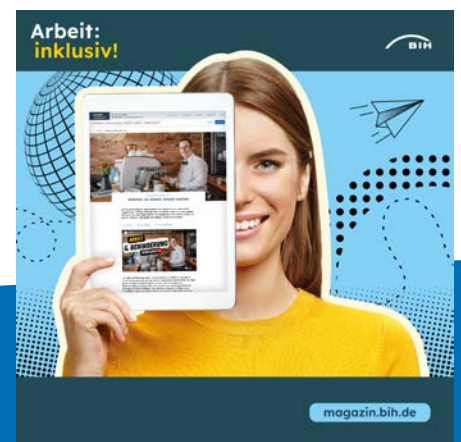
Telefon 0711 6375-222
Sekretariat21@kvjs.de



Symbolbild Broschüren. Foto: © fotofabrika - stock.adobe.com

KVJS Kompakt, Ausgabe 1: Sind Tagesstätten für Menschen mit psychischer Erkrankung bei pauschaler Finanzierung präventiv wirksam? | Mai 2026

Wie aktuelle Daten des KVJS-Forschungsprojekts APerTa-BW belegen, bieten die Tagesstätten in Baden-Württemberg ein offenes und niedrighschwelliges Angebot für Erwachsene mit psychischer Erkrankung. Die gewonnenen Erkenntnisse legen die Hypothese nahe, dass das vielfältige Angebot der Tagesstätten die Besuchenden stabilisiert, ihrer Vereinsamung vorbeugt und damit präventiv wirksam ist.



Digitalmagazin: Aus ZB wird Arbeit:inklusiv!

Ein neuer Name, eine neue Gestaltung und eine neue Erscheinungsweise – vier Jahr nach der Umstellung auf die digitale Erscheinungsweise, erhält das Magazin der Inklusions- und Integrationsämter einen umfangreichen Relaunch.

Wichtigstes Kriterium für alle Veränderungen ist die Barrierefreiheit. Unter dem Namen Arbeit:inklusiv! bietet das neu gestaltete Digitalmagazin fundierte Fachinformationen, breite Themenvielfalt und eine multimediale Aufbereitung der Themen.

Neu ist auch, dass es nicht mehr jährlich in vier Ausgaben erscheint, sondern dass Reportagen, Berichte, News und Urteile jetzt kontinuierlich bei Arbeit:inklusiv! Online gestellt werden.

So werden die Leserinnen und Leser immer aktuell informiert. Natürlich auch mit Neuigkeiten aus Baden-Württemberg, jetzt zu finden unter „Regionales“.

Hier geht's zum neuen Digitalmagazin Arbeit:inklusiv!
<https://magazin.bih.de/>



KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de